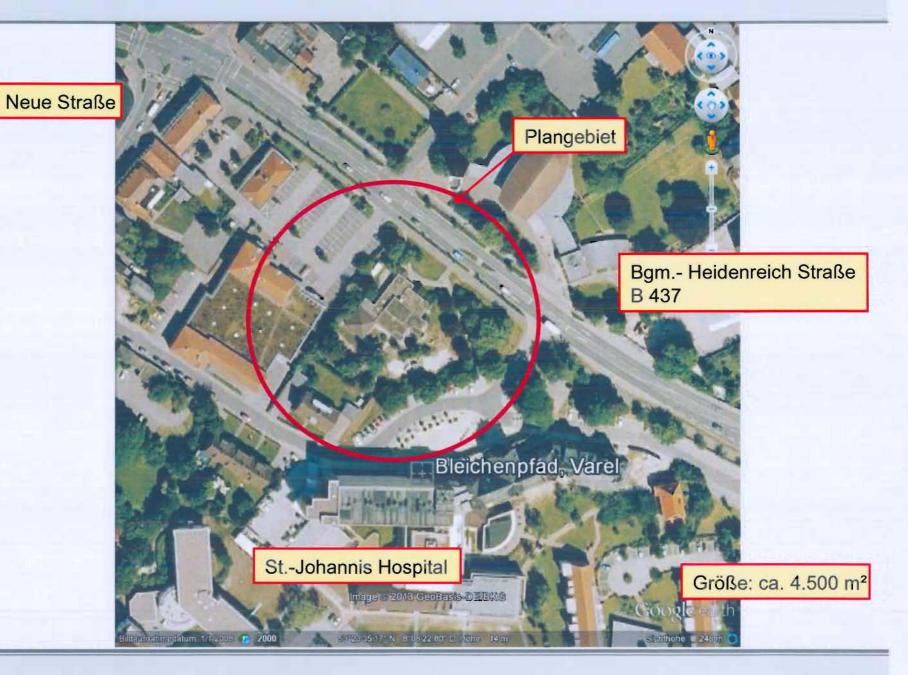
# NWP Planungsgesellschaft mbH

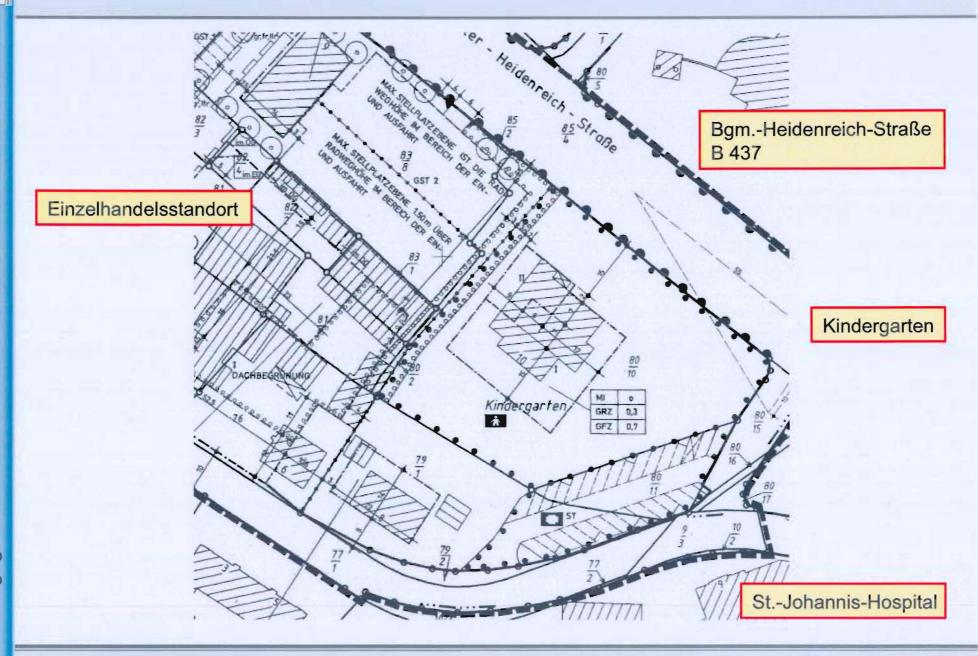
### Stadt Varel

Bebauungsplan Nr. 109, 3. Änderung

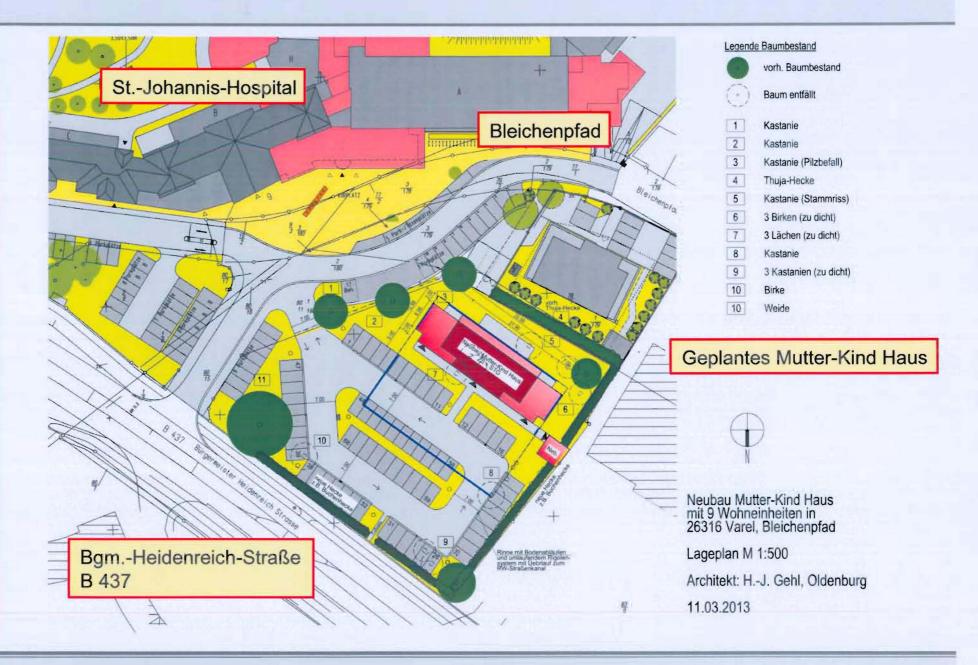
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz - 28. Mai 2013

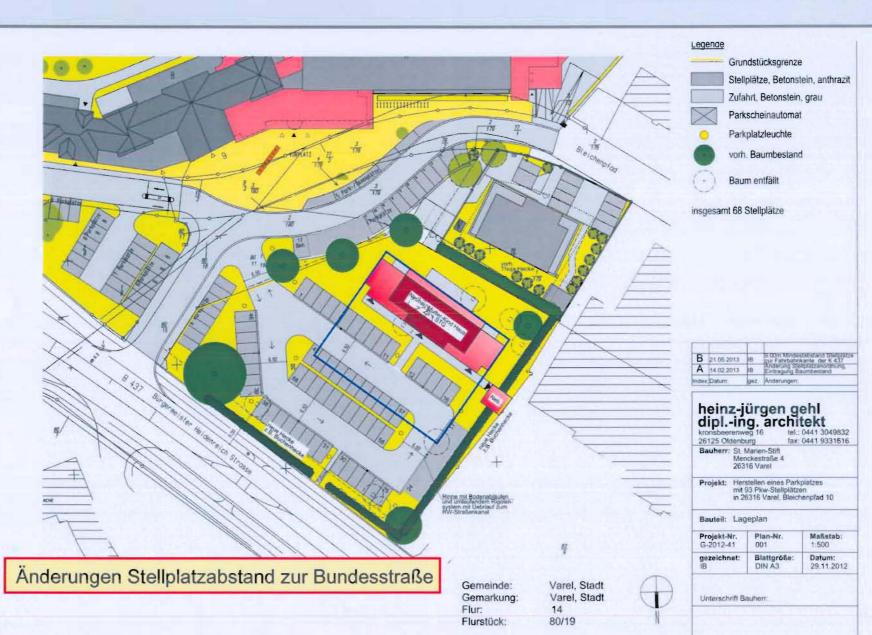




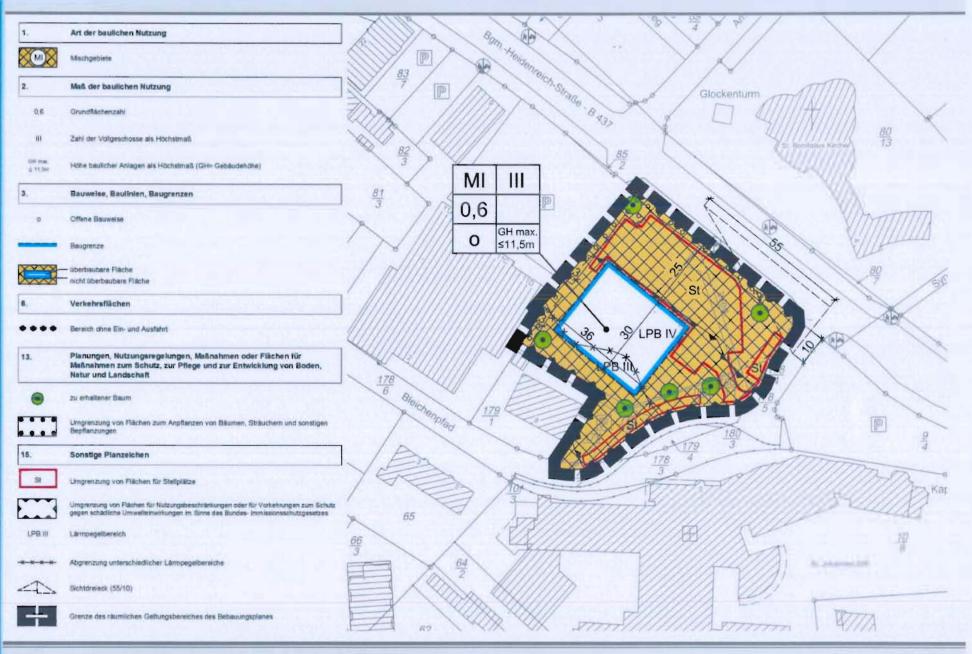












### nungsgesellschaft mbi

### Stellungnahmen und Hinweise von:

Landesamt für Denkmalpflege = Hinweis archäologische Bodenfunde ist bereits in den Planunterlagen enthalten.

Landesbehörde f. Straßenbau u. Verkehr = Korrektur Sichtdreieck, Ergänzung Zu- und Abfahrtsverbot Bundesstraße, Abstand Stellplatzflächen von Bundesstraße Ergänzung der textlichen Festsetzungen zum Schutz der Außenwohnbereiche, Freistellen der Straßenbaubehörde von Forderungen.

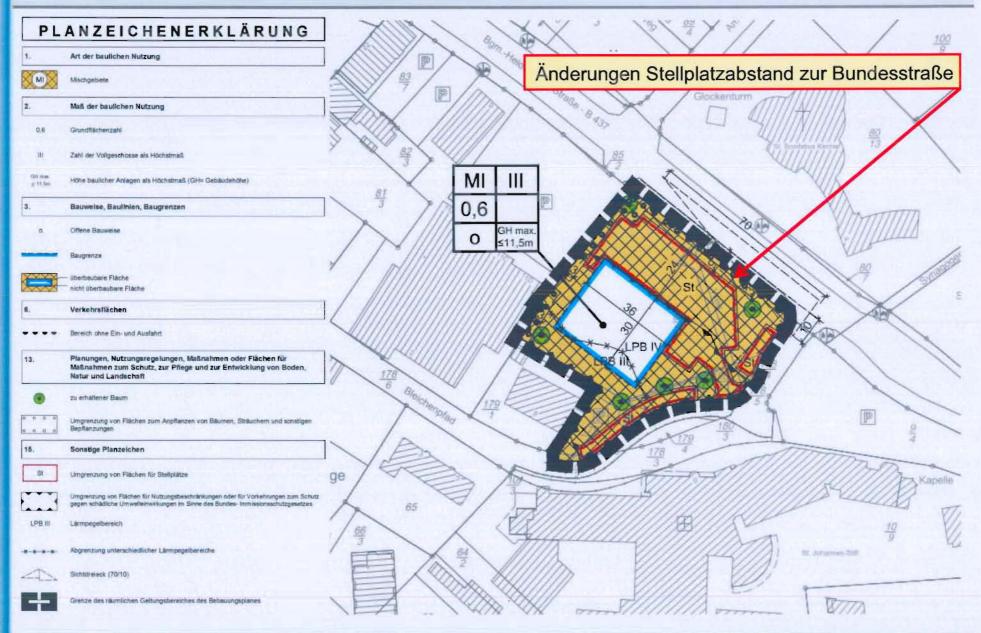
Handelsverband Nordwest e.V. = Ergänzung der textlichen Festsetzungen zum Einzelhandel

Leitungsträger (OOWV, EWE NETZ) = Kenntnisgabe vorhandener Leitungen.

Keine Anregungen / Bedenken = Landkreis Friesland, Gewerbeaufsichtsamt, Entwässerungsverband Varel, sonstige Leitungsträger

Private Stellungnahme = Verbesserung der Grundwassersituation / Entlastung des Mischwassersystems durch Versickerung des Oberflächenwassers.





Entwurf, Mai 2013



- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 4-11 BauNVO)
- (1) Im Mischgebiet sind die folgenden Nutzungen nicht zulässig (§ 1 (5) BauNVO):
  - Gartenbaubetriebe nach § 6 (2) Nr. 6 BauNVO,
  - Tankstellen nach § 6 (2) Nr. 7 BauNVO,
  - Vergnügungsstätten nach § 6 (2) Nr. 8 BauNVO.
- (2) Im Mischgebiet sind darüber hinaus die folgende Nutzungen auch ausnahmsweise nicht zulässig (§ 1 (6) BauNVO):
  - Vergnügungsstätten nach § 4a (3) Nr. 2 BauNVO.

(3) Im Mischgebiet sind Einzelhandelsbetriebe nur zulässig, wenn Sie keine zentren- oder nahversorgungsrelevanten Sortimente im Sinne des Einzelhandelsentwicklungskonzepts der Stadt Varel vertreiben. Zentrenrelevante Sortimente sind (WZ-Nr. = Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2008:

Augenoptik, Bekleidung (ohne Sportkleidung), Bücher, Computer (PC-Hardware und Software), Elektrokleingeräte, Foto- und optische Erzeugnisse und Zubehör, Glas/Porzellan/Keramik, Haus-/Bett-/ Tischwäsche, Hausrat, Heimtextilien/Gardinen, Kurzwaren/Schneiderbedarf/Handarbeiten sowie Meterware für Bekleidung und Wäsche, medizinische Geräte und orthopädische Artikel, Musikinstrumente und Musikalien, Papier/Büroartikel/Schreibwaren sowie Künstler- und Bastelbedarf, Schuhe/Lederwaren, Spielwaren, Sport- und Campingartikel (ohne Campingmöbel und Angelbedarf, inkl. Sportbekleidung, Telekommunikationsartikel, Uhren/Schmuck, Unterhaltungselektronik, Waffen, Jagdbedarf, Angeln, Wohneinrichtungsbedarf (ohne Möbel), Bilder, Poster, Bilderrahmen, Kunstgegenstände, Blumen, Drogerie, Kosmetik, Parfümerie, Nahrungs- und Genussmittel, pharmazeutische Artikel (Apotheke, Zeitungen, Zeitschriften, zoologischer Bedarf und lebende Tiere.

- (4) Ausnahmsweise können Randsortimente aus den aufgeführten zentrenund nahversorgungsrelevanten Sortimentsbereichen in einer Größenordnung von bis zu 10% der Verkaufsfläche (= maximal 100 m² als Gesamtverkaufsfläche für Randsortimente) zugelassen werden, sofern nicht städtebauliche Gründe wie der Schutz der zentralen Versorgungsbereiche einer Ausnahme entgegenstehen.
- (5) Gewerbe- und Handelsbetriebe mit betriebsbezogenem Einzelhandel (Ladengewerbe und Ladenhandwerk) sind ausnahmsweise zulässig, wenn eine räumliche Zuordnung zum Hauptbetrieb vorhanden ist, der Einzelhandel in einem betrieblichen Zusammenhang mit dem Hauptbetrieb steht, eine deutliche flächenund umsatzmäßige Unterordnung sowie eine sortimentsbezogene Zuordnung zum Hauptbetrieb gegeben ist.



### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- (1) Bauliche Anlagen dürfen die in der Planzeichnung eingetragenen Höhen nicht überschreiten. Als Bezugspunkte für die baulichen Anlagen gelten die Oberkante der nächstgelegenen öffentlichen Erschließungsstraße "Bleichenpfad" mittig vor dem Grundstück und der oberste Punkt der baulichen Anlage. Dies gilt nicht für Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien an und auf den Gebäuden.
- 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 und BauNVO)
- (1) Im Geltungsbereich gilt die offene Bauweise mit maximalen Gebäudelängen von 50 m und einem seitlichen Grenzabstand gemäß der zum Zeitpunkt der Rechtskraft des Bebauungsplanes gültigen Landesbauordnung.
- (2) Garagen gemäß § 12 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
- (3) Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig und müssen einen Mindestabstand zur Fahrbahnkante der Bundesstraße von 30 m einhalten.



### 4. Immissionsschutzrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

(1) Das Plangebiet ist durch Straßenverkehrslärm vorbelastet. An das Schalldämm-Maß der Außenbauteile von schutzbedürftigen Räumen sind gemäß DIN 4109 (z.B. Wohn-, Schlaf- und Büroräume) erhöhte Anforderungen bezüglich des Schallschutzes zu stellen.

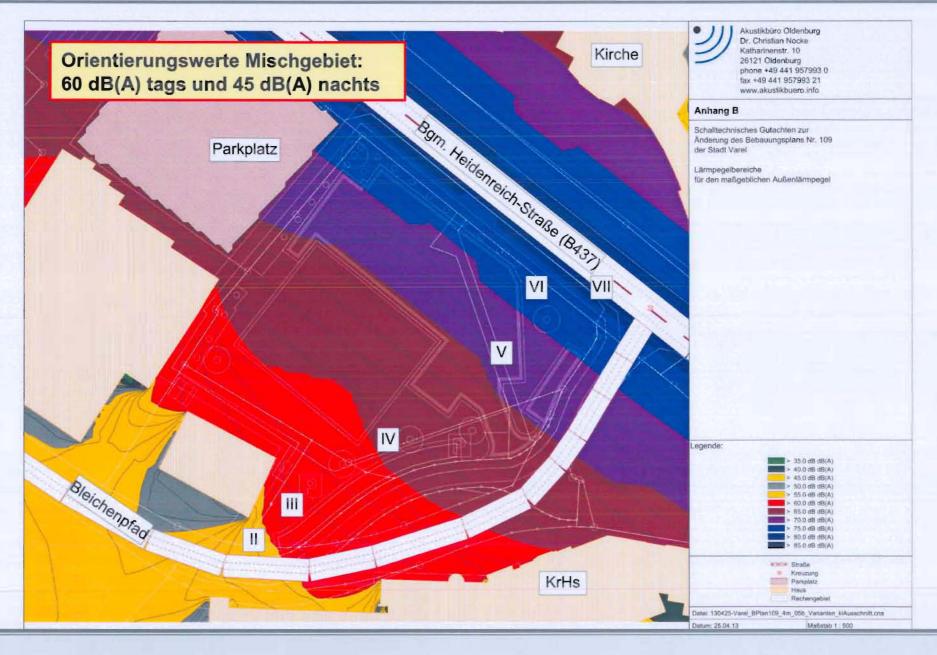
In den gekennzeichneten Lärmpegelbereichen III und IV sind für Neubauten bzw. bei baugenehmigungspflichtigen Änderungen von schutzbedürftigen Räumen im Sinne der DIN 4109 die in der nachfolgenden Tabelle genannten erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße durch die Außenbauteile (Wandanteile, Fenster, Lüftungen, Dächer etc.) einzuhalten.

		Erforderliches, resultierendes Schalldämmmaß des Gesamtaußenbauteils erf. R´w,res in dB			
Lärmpegel -bereich	Maßgeblicher Außenlärm- pegel in dB(A)	Bettenräume in Krankenhäusern und Sanatorien	Aufenthaltsräume Wohnungen o.ä.	in	Büroräume o.ä.
Ш	61-65	40	35		30
IV	66 bis 70	45	40		35



(2) In den mit einem Außenlärmpegel von IV oder höher gekennzeichneten Bereichen des Plangebietes sind Außenwohnbereiche wie Terrassen, etc. nur mit zusätzlichen Schall abschirmenden Maßnahmen wie z.B. Schallschutzwänden oder im Schallschatten zugehöriger Gebäude zulässig. Die Maßnahmen müssen geeignet sein, in dem betroffenen Außenwohnbereich eine Minderung um das Maß der Überschreitung des schalltechnischen Orientierungswertes nach Beiblatt 1 zur DIN 18005 im Tageszeitraum herbeizuführen.





Lärmgutachten - Auszug

anungsgesellschaft mb

- 5. Maßnahmen zum Erhalt und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Anpflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a und 25b BauGB
- (1) Die gekennzeichneten Anpflanzbereiche sind mit einer Heckenpflanzung aus Rotbuchen (Fagus sylvatica) zu begrünen. Pro Meter Anpflanzung sind mindestens 4 Heckenpflanzen in Baumschulqualität zu setzen und mit Spanndrähten zu sichern.
- (2) Die als zu erhalten festgesetzten Einzelbäume sind dauerhaft in ihrem Bestand zu erhalten. Bei Verlust sind qualitative und quantitative Ersatzpflanzungen vorzunehmen.
- (3) Die Stellplatzbereiche sind mit standortgerechten Einzelbaumpflanzungen sowie Unterpflanzungen zu begrünen und zu gestalten. Als Maß ist einzuhalten: pro 10 neu angelegten Stellplätzen ist ein Laubbaum innerhalb eines begrünten Beetes zu pflanzen. Die Anpflanzungen sind auch außerhalb der Stellplatzbereiche zulässig.

Pflanzliste (Auswahl)

Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name		
Amelanchier lamarckii	Felsenbirne		
Crataegus monogyna	Weißdorn		
Crataegus i.S.	Weißdorn/Rotdorn/Hahnendorn		
Sorbus aucuparia	Eberesche		
Malus in Sorten	Zierapfel		
Prunus in Sorten	Zierkirschen		
Rosa in Sorten	Wildrosen		
Sorbus aria	Mehlbeere		
Tilia cordata	Winterlinde		
Viburnum opulus	Gemeiner Schneeball		
Stauden, Rosen, Bodendecker			

### Rechtskraft

Mit Bekanntmachung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 treten die bisherigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 109 für die sich überlagernden Flächen außer Kraft.

### **Bodenfunde**

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege -Referat Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441 / 799-2120 unverzüglich gemeldet werden.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

### Altablagerungen / Altlasten

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde des Landkreises Friesland zu benachrichtigen. Notwendige Grundwasserhaltungen bei Tiefbauarbeiten sind vorab mit dem Landkreis Friesland abzustimmen.

### Versorgungsleitungen

Die Lage der Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Telekommunikation, Wasser, Abwasser) ist den jeweiligen Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen; die notwendigen Schutzvorkehrungen und Nutzungsbeschränkungen sind zu beachten. Vor Beginn der Bauausführung sind mit den jeweiligen Leitungsträgern die erforderlichen Abstimmungsgespräche zu führen und der Beginn der Bauausführung zu koordinieren.

### Kampfmittel

Im Plangebiet sind nach derzeitigem Sachstand keine Bombardierung bzw. Funde von Abwurfkampfmitteln (Bomben) dokumentiert. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst der Zentralen Polizeidirektion umgehend zu benachrichtigen.

### Bauverbots-/Baubeschränkungszonen

Entlang der Bundesfernstraße B 437 (Bürgermeister-Heidenreich-Straße) sind die anbaurechtlichen Bestimmungen des § 9 des Fernstraßengesetzes (FStrG) zu beachten. Demnach gilt gemäß § 9 (1) FStrG eine Bauverbotszone (20 m) sowie gemäß § 9 (2) FStrG eine Baubeschränkungszone (40 m).

Grundsätzlich sind nur blendfreie, sich nicht bewegende Werbeanlagen an der Stätte der eigenen Leistung zulässig.

### Verwendete DIN-Normen und Regelwerke

Die den textlichen Festsetzungen zugrunde liegenden und genannten DIN-Normen und technischen Regelwerke liegen zur Einsichtnahme bei der Verwaltung der Stadt Varel während der üblichen Öffnungszeiten der Verwaltung aus.



### Straßenbaulastträger

Der Straßenbaulastträger ist von jeglichen Forderungen (insbesondere Lärmschutz), die aus dieser Bauleitplanung entstehen können, freizustellen.



### Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

## lanungsgesellschaft m

### 1. Vorlaufphase

- 2. Aufstellungsbeschluss (ist gefasst: Januar 2013)
- 3. Erste Stufe der Beteiligung (freiwilliger Schritt, da § 13a BauGB)
  - ⇒ frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (BI 13.05.2013)
- ⇒ Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger der öffentlichen Belange
  ⇒ (bis 17.05.2013)

### 4. Zweite Stufe der Beteiligung

- ⇒Öffentliche Auslegung des Planentwurfes (1 Monat Juni/Juli 2013)
- ⇒ Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger der öffentlichen Belange
  ⇒ (noch bis 17.05.2013)
  - ⇒ Ggf. Wiederholung der öffentlichen Auslegung nach Änderung des Planentwurfes
    - 5. Beschluss der Stadt über den Bebauungsplan

Bebauungsplan: Satzungsbeschluss (Vorgesehen: September 2013)

6. Rechtsverbindlichkeit des Planes durch Bekanntmachung



Bleichenpfad 8

Bleichenpfad Parken

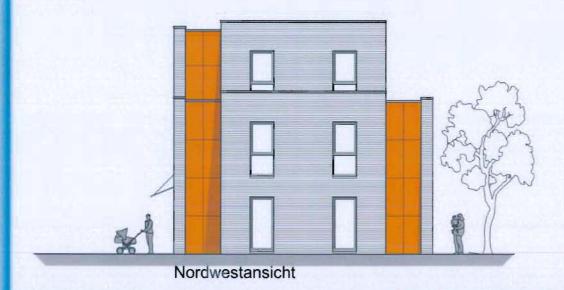


Kastaniengruppe an der B

Fußweg mit Buchenhecke Plangebiet

geplante Gebäudehöhe: 9,80 m

9 eigenständige Wohnungen

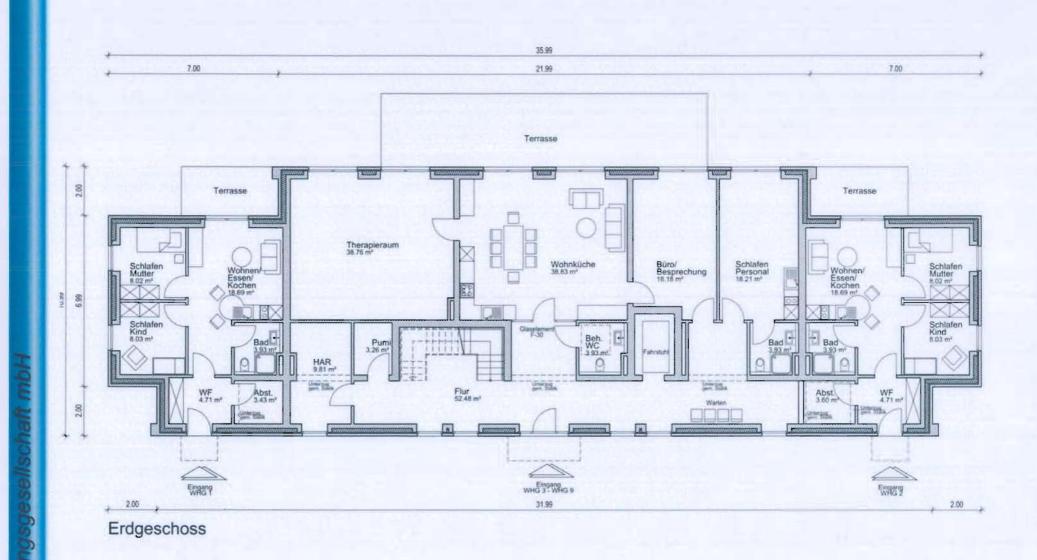


Mutter-Kind Haus - Ansichten

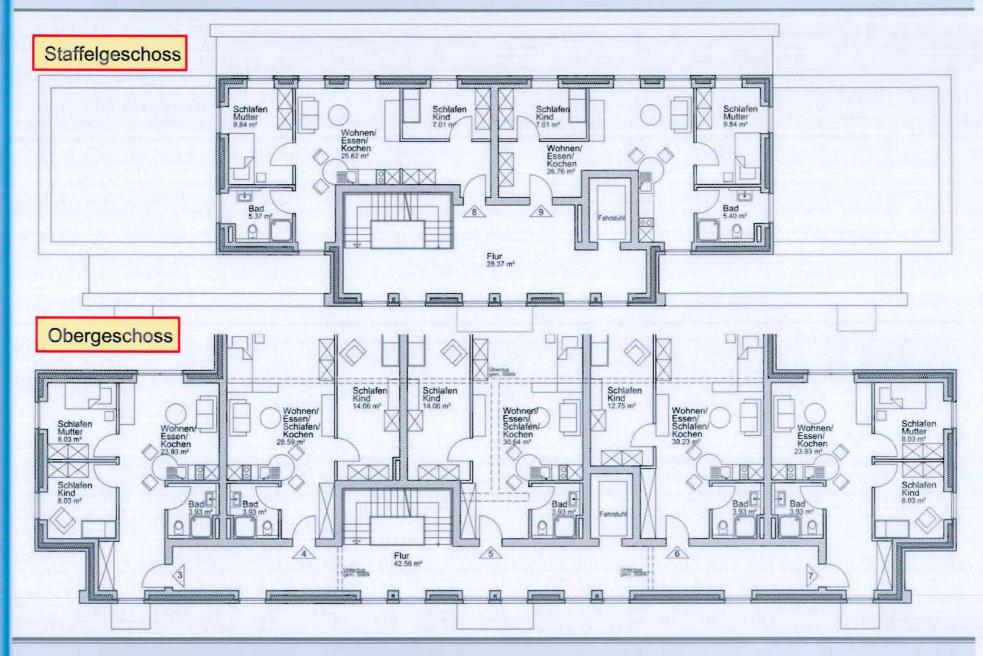








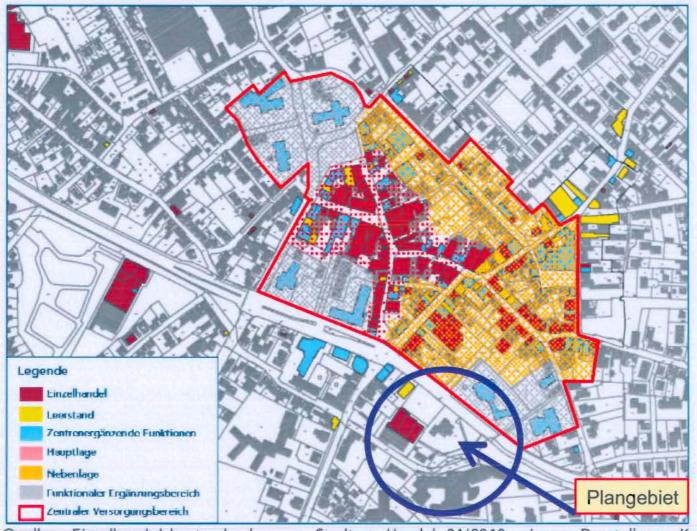




Grundriss Obergeschoss / Staffelgeschoss

P HAT

Abbildung 47: Räumliche Festlegung des Innenstadtzentrums als zentraler Versorgungsbereich (Zielkonzept)



Quelle: Einzelhandelsbestandserhegung Stadt + Handel 04/2010; eigene Darstellung; Kartengrundlage: Stadt Varel